

Schulden

Arme Revierstädte finden Verbündete außerhalb von NRW

21.11.2014 | 15:24 Uhr



Arme Revierstädte finden Verbündete außerhalb von NRW  
Gruppenbild der Armen: "Überschuldung ist nicht nur ein Problem des Ruhrgebiets."  
Foto: Handout

**Kaiserslautern. Mit einem deutschlandweiten Bündnis wollen hoch verschuldete Städte das in NRW bestehende Aktionsbündnis „Für die Würde unserer Städte“ ausdehnen, um mit einer Stimme sprechen zu können. Ganz oben auf der Wunschliste steht eine Schuldenentlastung.**

Die armen Städte des Ruhrgebiets haben Verbündete in anderen Bundesländern gefunden. Gemeinsam schmiedeten sie am Freitag in Kaiserslautern ein Bündnis "Für die Würde unserer Städte". Bisher gab es diesen Zusammenschluss nur in NRW.

Rathauschefs und Kämmerer aus 40 Städten und Landkreisen aus NRW, Rheinland-Pfalz, Brandenburg, dem Saarland und Mecklenburg-Vorpommern appellieren gemeinsam an Bund und Landesregierungen. Die Botschaft der Bedürftigen: Hilfe, die Schulden wachsen uns über den Kopf!

„In Berlin herrscht der Eindruck vor, die Überschuldung sei ein Problem des Ruhrgebietes. Dieses Bild werden wir korrigieren“, sagte Dagmar Mühlenfeld (SPD), Oberbürgermeisterin von Mülheim, unserer Redaktion. Zusammen mit dem Wuppertaler OB Peter Jung (CDU) hatte Mühlenfeld vor fünf Jahren ein Bündnis hoch verschuldeter Kommunen und Landkreise gegründet. Das Motto: „Raus aus den Schulden“.

Lesen Sie auch:

Die Kommunen ziehen mit einer Verfassungsklage nach Münster und Karlsruhe. Die steuerstarken Gemeinden halten es für ungerecht, dass sie arme Kommunen unterstützen sollen. Der Gang vors Verfassungsgericht sei eine "konsequente Notwehrhaltung", so der FDP-Experte Kai Abruzat.

Dazu gehören Städte und Kreise aus Revier und Bergischem Land, darunter Hagen, Bochum, Dortmund, Duisburg, Essen, Gelsenkirchen und Unna. Die Familie der „Kirchenmäuse“ wird nun größer. Am Freitag stießen unter anderem Brandenburg, Schwerin, Kaiserslautern, Trier, Saarbrücken und Pirmasens dazu.

**Kassenkredite knebeln Hagen**

Ganz oben auf der Wunschliste ist die Hilfe zum Altschulden-Abbau durch den Bund. „Die Städte, die bei dem Bündnis mitmachen, werden die Konsolidierung ihrer Haushalte nicht hinkriegen, wenn ihnen nicht ein Teil der Altschulden erlassen wird. Nehmen wir Mülheim. Wir kommen aus eigener Kraft nicht mehr aus den Schulden heraus“, so Mühlenfeld. Man trete nicht als Bittsteller auf. „Wir wollen das, was uns zusteht“, sagte Mühlenfeld. Die Verfassung sehe gleiche Lebensverhältnisse in Deutschland vor, daher könne man

bestimmte Teile nicht einfach abhängen. Mühlenfeld: „Da pochen wir auf unsere Systemrelevanz.“

Bei dem Treffen ging es außerdem um die hohen Kosten bei der Sozial- und Jugendhilfe und um die maroden kommunalen Straßen. Wuppertals Oberbürgermeister Jung erklärte: „Wir fordern unser Recht. Der größte Anteil an den Schulden der Kommunen ist die Folge Jahrzehnte lang erlassener und nicht ausreichend gegenfinanzierter Gesetze von Bund und Ländern.“

Wie groß die Schuldenlast ist, beschrieb Hagens OB Erik O. Schulz (parteilos) mit diesem Beispiel: „Wir erhalten aus dem Stärkungspakt Stadtfinanzen NRW 36 Millionen Euro. Hagen hat aber Kassenkredite zum Erhalt der Zahlungsfähigkeit von 1,2 Milliarden Euro aufgenommen.

Allein die Zinsen dafür kosten 36 Millionen Euro im Jahr.“ Die Pro-Kopf-Verschuldung liegt in Hagen laut Statistischem Landesamt bei über 7000, in Oberhausen sogar bei über 8000 Euro. In Altena sind es rund 5000 Euro. Landesweit liegt der Schnitt bei 3200 Euro kommunalen Schulden pro Einwohner.

In NRW-Kommunen sind die Grund- und Gewerbesteuer zuletzt offenbar besonders häufig angehoben worden. Einer Wirtschaftsstudie zufolge haben seit 2010 rund 93 Prozent der Städte und Gemeinden den Grundsteuer-Hebesatz erhöht. Teuerster Standort für Gewerbetreibende ist eine Stadt am Niederrhein.

### **LWL bittet die Kommunen zur Kasse**

In Kaiserslautern wurde der Ruf nach einem „gerechteren Gemeindefinanzsystem“ und einem „Haushaltssicherungsnetz“ laut. Ausdrücklich gefordert wird eine „Teilentlastung von wirtschaftlich nicht zu leistenden Zins- und Tilgungsleistungen“. Übersetzt: Die Städte fordern, dass der Bund einen Teil ihrer Schulden übernimmt, und sie wollen eine Art „Rettungsschirm“. Griechenland lässt grüßen.

Die nächsten Mehrausgaben sind schon absehbar: Gerade erst hat der Landschaftsverband Westfalen-Lippe (LWL) angekündigt, die Umlage für seine 27 Mitgliedskreise und -städte von 16,3 auf 16,8 Prozent anheben zu müssen. 2015 entstünden dem LWL Mehrkosten von 130 Millionen Euro, verursacht vor allem durch die Ausgaben für die Eingliederungshilfe für Behinderte.

Der LWL sagt bei der Eingliederungshilfe Kostensteigerungen von bis zu fünf Prozent im Jahr voraus – mindestens für zehn Jahre. Das neue Bündnis armer Städte forderte gestern, die vom Bund versprochene Entlastung bei der Eingliederungshilfe müsse spätestens ab 2017 und im vollen Umfang von fünf Milliarden Euro im Jahr fließen.

Große Angst haben die Bürgermeister und Kämmerer vor einer schwächelnden Konjunktur und vor höheren Zinsen. Der Finanzwissenschaftler Martin Junkernheinrich hatte jüngst bei der Vorstellung des Kommunalfinanzberichtes für den Regionalverband Ruhr (RVR) von einer „tickenden Zinsbelastungsbombe“ für die Städte gesprochen. „Wenn die Zinsen nur um zwei Prozent steigen sollten, dann fehlt uns die Phantasie, um diese Mehrkosten zu tragen“, so Junkernheinrich.

Matthias Korfmann

[www.muelheim-ruhr.de](http://www.muelheim-ruhr.de)

## Kommunen fordern Gerechtigkeit

### Kaiserslauterer Appell einstimmig beschlossen

Etwa 40 Rathauschefs, Finanzbeigeordnete und Kämmerer strukturbelasteter und/oder hochverschuldeter Kommunen haben am 21. November 2014 in Kaiserslautern die bundesweite Ausdehnung des bislang auf Nordrhein-Westfalen konzentrierten, parteiübergreifenden Aktionsbündnisses „Für die Würde unserer Städte“ beschlossen.

Um dieser Forderung Nachdruck zu verleihen, verabschiedeten sie einstimmig den „Kaiserslauterer Appell“. Mit ihm verlangen sie Plenardebatten in Bundestag und Bundesrat über die nicht mehr gegebene Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse in finanzstarken und finanzschwächeren Städten, Gemeinden und Kreisen. Im Kern geht es um ein gerechteres Gemeindefinanzsystem, zu dem noch in dieser Legislaturperiode eine Weichenstellung von Bund und Ländern eingefordert wird.



© Stadt Kaiserslautern

Als nächste politische Aktion verabredeten die Kommunalpolitiker eine weitere Kommunalkonferenz am 23. und 24. Februar 2015 in Berlin. Sie werden dort ihre Forderungen an die Bundesregierung und die Bundestagsfraktionen parteiübergreifend begründen. Dabei geht es konkret um Bundes- und Länderhilfen. Die Stadtchefs erwarten

Unterstützung, um den eigenen Bürgerinnen und Bürgern glaubhaft versprechen zu können, dass ein finanzwirtschaftlicher Absturz der eigenen Kommune abgewendet wird.

Als Sprecher des Aktionsbündnisses erklärten Oberbürgermeisterin Dagmar Mühlenfeld (SPD) aus Mülheim an der Ruhr und Oberbürgermeister Peter Jung (CDU) aus Wuppertal: "Wir fordern unser Recht. Der weitaus größte Anteil an den Schulden der Kommunen ist die Folge Jahrzehnte lang erlassener und nicht ausreichend gegenfinanzierter Gesetze von Bund und Ländern. Um diesen immensen Schuldenberg abzubauen, benötigen wir alle zusätzlich zum konsequenten eigenen Sparen mehr Hilfe zur Selbsthilfe. Gleiche Lebensbedingungen zwischen steuerstarken und steuerschwachen Kommunen gibt es längst nicht mehr."

Gastgeber der bundesweit einmaligen Kommunalkonferenz war auf Bitten seiner rheinland-pfälzischen Kolleginnen und Kollegen Oberbürgermeister Dr. Klaus Weichel. „Unser Treffen hat bundesweit Signalwirkung. Zusätzlich macht es unseren eigenen Bürgerinnen und Bürgern deutlich, dass viele Städte die gleichen Herausforderungen zu meistern haben“, unterstreicht das Stadtoberhaupt Kaiserslauterns.

Die Präsentation von Prof. Dr. Martin Junkernheinrich: "Finanzwissenschaftliche Überlegungen für ein gerechtes Gemeindefinanzsystem", den Appell, wie er beschlossen wurde sowie die Unterschriftsliste der unterstützenden Kommunen sind zum Nachlesen beigefügt.

Hier finden Sie darüber hinaus weitere Informationen zum [Aktionsbündnis "Für die Würde unserer Städte"](#).

## **Kontakt**

[Volker Wiebels](#)

[Nicole Borninghoff](#)

## **Kontext**

- [Kaiserslauterer Appell an Bund und Länder zur Schaffung eines gerechten Gemeindefinanzsystems \(Dateigröße: 31 KB/-typ: pdf\)](#) **A x**
- [Präsentation von Prof. Junkernheinrich: Finanzwissenschaftliche Überlegungen für ein gerechtes Gemeindefinanzsystem \(Dateigröße: 339 KB/-typ: pdf\)](#) **A x**
- [Unterschriftsliste der unterstützenden Kommunen des Kaiserslauterer Appells vom 21. November 2014 \(Dateigröße: 1034 KB/-typ: pdf\)](#) **A x**

zum SWR Programm      SWR.de Home      Der SWR      Suche im SWR 

**»SWR4**    MUSIK    VERANSTALTUNGEN    REGION AKTUELL    RATGEBER    PROGRAMM     

SWR4 Nachrichten Studio Mainz

## **Kaiserslautern**

# **Aktionsbündnis "Für die Würde unserer Städte"**

Um auf die klammen Kassen von Kommunen aufmerksam zu machen, haben sich die Städte Mainz und Worms am Mittag in Kaiserslautern einem bundesweiten Aktionsbündnis angeschlossen. Das Bündnis "Für die Würde unsere Städte" fordert eine Reform des

kommunalen Finanzausgleichs. Ursprünglich hatten Städte in Nordrhein-Westfalen das Aktionsbündnis gegründet. Heute traten weitere Kommunen aus ganz Deutschland bei. Auch der Mainzer Finanzdezernent Beck und der Wormser Oberbürgermeister Kissel unterzeichneten bei dem Kongress die gemeinsame Resolution. Darin fordern die Vertreter von rund 40 Städten, Gemeinden und Landkreisen, dass Ausgaben gerechter zwischen den Kommunen, dem Bund und den Ländern verteilt werden. Finanzdezernent Beck sagte, es sei wichtig, Teil eines solchen Bündnisses zu sein. Langfristig könnten die Kommunen ihre Schulden nur abbauen, wenn der Finanzausgleich neu geregelt und Bund und Länder wieder mehr Kosten übernehmen.

Stand: 21.11.2014, 17.25 Uhr

Handelsblatt

## „Für die Würde unserer Städte“ 40 klamme Kommunen gründen Bündnis

21.11.2014, 16:17 Uhr

Geldnot ist für viele Kommunen schon lange ein Thema. Nun wollen die am stärksten verschuldeten Städte in die Offensive gehen. Sie haben ein Bündnis gegründet – und erhöhen den Druck auf Bund und Länder.



Das Bündnis der klammen Kommunen fordert einen Rettungsschirm zum Abbau der größten kommunalen Altlasten, die von Bund und Ländern verursacht wurden. Quelle: dpa

**Kaiserslautern.** Mit einem deutschlandweiten Bündnis wollen besonders hoch verschuldete Städte Bund und Ländern mehr Geld abtrotzen. Vertreter von etwa 40 Kommunen beschlossen am Freitag in Kaiserslautern, das bislang nur in Nordrhein-Westfalen bestehende Aktionsbündnis „Für die Würde unserer Städte“ auszudehnen, um mit einer Stimme sprechen zu können.

Sie brachten zudem eine Resolution mit finanziellen Forderungen an Bund und Länder auf den Weg. Diese bürdeten den Kommunen immer neue Aufgaben auf, gäben aber nicht die Mittel dazu, kritisierte die Sprecherin des Bündnisses, die Oberbürgermeisterin von Mülheim an der Ruhr, Dagmar Mühlenfeld (SPD). „Deswegen sind wir jetzt auch national unterwegs.“

Wegen der ihnen übertragenen Pflichtaufgaben seien die Kommunen in eine gefährliche finanzielle Schieflage geraten, aus der sie ohne angemessene Finanzierung nicht herauskämen, heißt es in der Resolution. Um Abhilfe zu schaffen, wird ein Rettungsschirm zum Abbau der größten kommunalen Altschulden gefordert, die von Bund und Ländern verursacht wurden.

Diese sollen nach dem Motto „Wer bestellt, bezahlt“ auch für Kosten etwa bei der Sozial- und Jugendhilfe aufkommen. An die Regierungen in Bund und Ländern geht der Appell, noch in dieser Legislaturperiode die Weichen für eine Neuordnung der Kommunalfinanzen zu stellen.

Mit Blick auf geschlossene Schwimmbäder, Theater und andere kommunale Sparmaßnahmen sagte der Wuppertaler Oberbürgermeister Peter Jung (CDU), die Bundesrepublik habe sich auf die Fahnen geschrieben, dass es überall gleiche Lebensverhältnisse geben solle. „Die gibt es nicht für Bürgerinnen und Bürger in Städten, die sich nichts mehr leisten können. Wir werden auch mit Aktionen dafür kämpfen, dass das in Deutschland wiederhergestellt wird.“ Nach Mühlenfelds Angaben ist für den 23./24. Februar eine Aktion in Berlin geplant.

**dpa**

# RP ONLINE

22. November 2014 | 08.41 Uhr

Mülheim

## **Überschuldete Kommunen schließen sich zusammen**

**Mülheim.** Das "Aktionsbündnis für die Würde der Städte" bekommt bundesweiten Zulauf. Vertreter von über 40 Kommunen kamen gestern in Kaiserslautern zusammen, um sich dem Ringen der NRW-Kommunen um mehr Geld vom Bund anzuschließen. Die Mülheimer Oberbürgermeisterin Dagmar Mühlenfeld (SPD), die das Bündnis vor fünf Jahren zunächst nur mit Städten des Ruhrgebiets und später auch mit denen des Bergischen Landes ins Leben gerufen hatte, sagte unserer Zeitung: "Es ist wichtig, dass die Kommunen in dieser Sache mit einer Stimme sprechen. Die Belastungen, die der Bund und die Länder auf die Kommunen überwälzen, wachsen seit 40 Jahren kontinuierlich und können von den Kommunen nicht mehr alleine getragen werden." Als Beispiel nannte die Oberbürgermeisterin diverse Sozialleistungen, die der Bund an die Kommunen delegiert hat.

Die Städte planen eine Resolution mit finanziellen Forderungen an Bund und Länder. Die absolute Höhe dieser Forderung lassen sie offen. Mühlenfeld: "Es geht um generelle Weichenstellungen, nicht um einzelne Etat-Posten."

Unabhängig von diesem Bündnis klagen derzeit 59 NRW-Kommunen gegen den "Kommunal-Soli", bei dem finanzstärkere Kommunen in Nordrhein-Westfalen auf Druck der Landesregierung noch schwächeren Kommunen helfen sollen. Mühlenfeld: "Das Bündnis ist gut, wir brauchen aber zusätzlich Geld."

Quelle: tor



21.11.2014

## **Ludwigshafen tritt Aktionsbündnis "Raus aus den Schulden – Für die Würde unserer Städte" bei**

**OB Dr. Eva Lohse und Kämmerer Dieter Feid unterzeichnen Kaiserslauterer Appell an Bund und Länder zur Schaffung eines gerechten Gemeindefinanzsystems**

Das Aktionsbündnis "Raus aus den Schulden – Für die Würde unserer Städte" hat am Freitag, 21. November 2014, in Kaiserslautern getagt. Im Mittelpunkt der Tagung stand die Erweiterung des Bündnisses – welches bisher in Nordrhein-Westfalen aktiv war – um Städte aus Rheinland-Pfalz. An dem Aktionsbündnis wollen sich in Zukunft die Städte Ludwigshafen am Rhein, Trier, Kaiserslautern, Lahnstein, Neuwied, Pirmasens, Worms und Frankenthal beteiligen. Für Ludwigshafen nahmen Oberbürgermeisterin Dr. Eva Lohse und Kämmerer Dieter Feid teil. Beide sprachen sich für eine Neustrukturierung und Neujustierung der Finanzströme aus, um den Kommunen ihre Gestaltungskraft wiederzugeben beziehungsweise zu erhalten. Sie forderten unter anderem von Bund und Ländern, den Städten nicht immer neue Aufgaben im Sozial- und Jugendbereich aufzubürden, ohne die Kommunen ausreichend bei den entstehenden Kosten zu unterstützen.

Oberbürgermeisterin Dr. Eva Lohse, die gleichzeitig Vizepräsidentin des Deutschen Städtetages ist, wies darauf hin, dass aufgrund der angespannten Finanzlage die Handlungsfähigkeit vieler Kommunen eingeschränkt sei. "Dies ist nicht die Schuld der Kommunen, die von Bund und Ländern mit unzureichenden Mitteln ausgestattet werden. Die kommunale Selbstverwaltung und der Gestaltungswille der Städte ist ernsthaft bedroht, wenn sich die Finanzstruktur nicht grundlegend ändert", sagte sie.

Kämmerer Dieter Feid verlangte von Bund und Ländern, effektive Maßnahmen zu ergreifen, um die finanzielle Ausstattung der Kommunen nachhaltig zu verbessern. "Die hochverschuldeten Städte kommen nur dann mittel- und langfristig aus der momentanen Verschuldungsfalle heraus, wenn die Finanzströme im Rahmen einer neuen, zukunftsfähigen Finanzarchitektur grundlegend neu geordnet und organisiert werden und die Belastungen für diese Kommunen spürbar und nachhaltig abnehmen", fügte er hinzu.

In Kaiserslautern berieten die Vertreterinnen und Vertreter von Städten und Kommunen ferner über eine Resolution an Bund und Länder sowie über weitere Maßnahmen und Aktionen, um auf die finanzielle Not auf kommunaler Ebene hinzuweisen. Erklärtes Ziel des künftig bundesweit auftretenden Bündnisses ist es, das kommunale Finanzsystem neu zu ordnen. Das Aktionsbündnis "Raus aus den Schulden – Für die Würde unserer Städte" ist ein Zusammenschluss hochverschuldeter Städte auf Zeit, die unter anderem finanzielle Entlastung vom Bund und den Ländern verlangen und die mit dem Bündnis gemeinsam auf ihre besondere Betroffenheit aufmerksam machen.

"Wir unterstützen das Bündnis vor allem auch deshalb, weil nur ein gerechtes Gemeindefinanzsystem für gleichwertige Lebensverhältnisse im Sinne unserer Verfassung sorgen kann," so Lohse und Feid abschließend.

21.11.2014, Metropole Ruhr, NRW, Politik

## **Aktionsbündnis "Für die Würde der Städte" verabschiedet Appell**

Kaiserlautern/Metropole Ruhr (idr). Mit dem "Kaiserlauterner Appell" besiegelten heute rund 40 Rathauschefs, Finanzbeigeordnete und Kämmerer strukturbelasteter und/oder hochverschuldeter Kommunen die Ausdehnung des seit fünf Jahren agierenden parteiübergreifenden Aktionsbündnisses "Raus aus den Schulden - Für die Würde unserer Städte". Mit ihm verlangen sie Plenardebatten in Bundestag und Bundesrat über ein gerechteres Gemeindefinanzsystem.

Als nächste politische Aktion verabredeten die Kommunalpolitiker eine Kommunalkonferenz am 23. und 24. Februar 2015 in Berlin. Sie werden dort ihre Forderungen an die Bundesregierung und die Bundestagsfraktionen parteiübergreifend begründen.

Das Aktionsbündnis "Raus aus den Schulden - Für die Würde der Städte" wurde ursprünglich von den Städten und Kreisen aus dem Ruhrgebiet und dem Bergischen Land gegründet. Zu den Unterstützern zählen Bochum, Bottrop, Dortmund, Duisburg, Essen, Gelsenkirchen, Gladbeck, Hagen, Hamm, Herne, Mülheim an der Ruhr, Oberhausen, Recklinghausen, Wesel und Witten sowie die Kreise Ennepe-Ruhr, Recklinghausen, Unna und Wesel.

Pressekontakt: Stadt Mülheim, Volker Wiebels, Telefon: 0208/455-1350,  
E-Mail: [volker.wiebels@muelheim-ruhr.de](mailto:volker.wiebels@muelheim-ruhr.de)



## **Kämmerer unterzeichnet "Kaiserslauterer Appell"**

**Aktionsbündnis "Für die Würde unserer Städte" jetzt bundesweit aktiv**



In Kaiserslautern haben sich Bürgermeister und Kämmerer getroffen, um sich für eine gerechte Finanzausstattung der Kommunen einzusetzen. Für Bottrop nahm Kämmerer Willi Loeven an dem Treffen teil.

Etwa 40 Rathauschefs, Finanzbeigeordnete und Kämmerer strukturbelasteter und hochverschuldeter Kommunen haben in Kaiserslautern die bundesweite Ausdehnung des bislang auf Nordrhein-Westfalen konzentrierten, parteiübergreifenden Aktionsbündnisses „Für die Würde unserer Städte“ beschlossen.

Um dieser Forderung Nachdruck zu verleihen, verabschiedeten sie einstimmig den „Kaiserslauterer Appell“. Mitunterzeichner ist der Bottroper Kämmerer Willy Loeven. Die Kommunalvertreter verlangen Plenardebatten in Bundestag und Bundesrat über die nicht mehr gegebene Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse in finanzstarken und

finanzschwächeren Städten, Gemeinden und Kreisen. Im Kern geht es um ein gerechteres Gemeindefinanzsystem, zu dem noch in dieser Legislaturperiode eine Weichenstellung von Bund und Ländern eingefordert wird.

Als politische Aktion verabredeten die Kommunalpolitiker die nächste Kommunalkonferenz am 23. und 24. Februar 2015 in Berlin. Dort werden sie ihre Forderungen an die Bundesregierung und die Bundestagsfraktionen parteiübergreifend begründen. Dabei geht es konkret um Bundes- und Länderhilfen. Die Stadtchefs erwarten Unterstützung, um einen finanzwirtschaftlichen Absturz der eigenen Kommune abzuwenden.

Als Sprecher des Aktionsbündnisses erklärten Oberbürgermeisterin Dagmar Mühlenfeld (SPD) aus Mülheim an der Ruhr und Oberbürgermeister Peter Jung (CDU) aus Wuppertal: "Wir fordern unser Recht. Der weitaus größte Anteil an den Schulden der Kommunen ist die Folge Jahrzehnte lang erlassener und nicht ausreichend gegenfinanzierter Gesetze von Bund und Ländern. Um diesen immensen Schuldenberg abzubauen, benötigen wir alle zusätzlich zum konsequenten eigenen Sparen mehr Hilfe zur Selbsthilfe. Gleiche Lebensbedingungen zwischen steuerstarken und steuerschwachen Kommunen gibt es längst nicht mehr."

Gastgeber der bundesweiten Kommunalkonferenz war Oberbürgermeister Dr. Klaus Weichel. „Unser Treffen hat bundesweit Signalwirkung. Zusätzlich macht es unseren eigenen Bürgerinnen und Bürgern deutlich, dass viele Städte die gleichen Herausforderungen zu meistern haben“, unterstreicht das Stadtoberhaupt Kaiserslauterns.

- [Kaiserslauterer Appell](#) (PDF-Datei, 32,28 KB)

(21.11.2014)



## **Aktionsbündnis "Für die Würde unserer Städte" vergrößert sich**

22.11.2014 10:00 von:(red)



Das Aktionsbündnis von Kommunen in finanziell prekärer Lage hat nun auch außerhalb von NRW Mitglieder. Sie fordern mehr Hilfe von Bund und Land. Bild: Stadt Bochum

Bisher war das Aktionsbündnis notleidender Kommunen mit dem klangvollen Namen „Für die Würde unserer Städte“ auf Nordrhein-Westfalen beschränkt. Nun haben insgesamt 40 führende Repräsentanten hochverschuldeter Städte den so genannten „Kaiserslauterer Appell“ beschlossen. Damit fordern sie mehr Unterstützung für die kommunale Daseinsvorsorge von den übergeordneten Gebietskörperschaften.

Mit dem Appell fordern sie Plenardebatten in Bundestag und Bundesrat über die nicht mehr gegebene Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse in finanzstarken und finanzschwächeren Städten, Gemeinden und Kreisen. Im Kern geht es um ein gerechteres Gemeindefinanzsystem, zu dem noch in dieser Legislaturperiode eine Weichenstellung von Bund und Ländern notwendig ist.

Am 23. und 24. Februar wollen die Kommunalwahlbeamten in der Bundeshauptstadt eine weitere Kommunalkonferenz durchführen. Dort sollen die Berliner Verantwortlichen auf die bisweilen prekäre Finanzlage und ihre Folgen für die Bürgerinnen und Bürger dieser Kommunen hingewiesen werden. Das Bündnis versteht sich als parteiübergreifend.

„Wir fordern unser Recht. Der weitaus größte Anteil an den Schulden der Kommunen ist die Folge Jahrzehnte lang erlassener und nicht ausreichend gegenfinanzierter Gesetze von Bund und Ländern. Um diesen immensen Schuldenberg abzubauen, benötigen wir alle zusätzlich zum konsequenten eigenen Sparen mehr Hilfe zur Selbsthilfe. Gleiche Lebensbedingungen zwischen steuerstarken und steuerschwachen Kommunen gibt es längst nicht mehr“, betonten die beiden Sprecher des Bündnisses, Oberbürgermeisterin Dagmar Mühlenfeld (SPD) aus Mülheim an der Ruhr und Oberbürgermeister Peter Jung (CDU) aus Wuppertal.

„Unser Treffen hat bundesweit Signalwirkung. Zusätzlich macht es unseren eigenen Bürgerinnen und Bürgern deutlich, dass viele Städte die gleichen Herausforderungen zu meistern haben“, betonte der gastgebende Oberbürgermeister von Kaiserslautern, Dr. Klaus Weichel.

Stadt Bochum

## Aktionsbündnis gegen kommunale Schulden

**Aktuelle Presse-Information vom 21. November 2014:**

- **Kommunen fordern Gerechtigkeit**



**Kaiserslauterer Appell einstimmig beschlossen**

▶ [zur Presse-Mitteilung](#)

▶ [zum Appell](#)

## Presse-Informationen der letzten Jahre:

- [Arme Städte hoffen auf "faire und gerechte" Landtagsentscheidung](#)  
(Presseinformation vom 25. November 2013)
- [Aktueller Appell des Aktionsbündnisses "Raus aus den Schulden":Stärkungspakt muss dringend weiterentwickelt werden!/Beteiligung des Bundes an den Sozialaufwendungen muss sich erhöhen!/ Solidar-pakt Ost muss zum „Bedürftigkeits-Soli“ umgestaltet werden!](#)  
(Presse-Information vom 30. März 2012)
- ["Der Stärkungspakt Stadtfinanzen muss ausgeweitet werden"](#)  
(Presse-Information vom 7. März 2012)



Um die vor dem finanziellen Aus stehenden Kommunen vor dem endgültigen Absturz zu bewahren und die Lebensqualität für die Bürger zu sichern, haben sich Städte und Kreise des Ruhrgebietes und des Bergischen Landes zu einem Aktionsbündnis "Raus aus den Schulden - Für die Würde unserer Städte" zusammengeschlossen. Um Hilfe zur Selbsthilfe von Land und Bund zu erhalten, werben sie gemeinsam mit einer Reihe von Aktionen um die Unterstützung ihrer Bürger. Dem Aktionsbündnis gehören an: Bochum, Bottrop, Dortmund, Duisburg, Essen, Gelsenkirchen, Gladbeck, Hagen, Hamm, Herne, Leverkusen, Mülheim an der Ruhr, Mönchengladbach, Oberhausen, Recklinghausen, Remscheid, Solingen, Wesel, Witten und Wuppertal sowie die Kreise Ennepe-Ruhr, Recklinghausen, Unna und Wesel. Die Ziele des Bündnisses werden außerdem von den Landräten weiterer

unterstützt: Kreis Mettmann, Rheinisch-Bergischer Kreis, Oberbergischer Kreis.

Am **23. April 2010** trafen sich die Oberbürgermeister/innen und Kämmerer/innen des Aktionsbündnisses "Raus aus den Schulden - Für die Würde unserer Städte" zu einem weiteren Gespräch in Düsseldorf ([Pressemitteilung](#)).

Am 24. Februar 2010 erfolgte eine Anhörung zu diesem Thema im [Landtag NRW](#), Düsseldorf.



## **Bundesweites parteiübergreifendes Aktionsbündnis "Für die Würde der Städte" stellt sich auf**

21. November 2014 - 16:50

**Seit Jahrzehnten fordern die Kommunen erfolglos eine grundlegende Reform des kommunalen Finanzsystems.**

Damit diese endlich kommt, soll nun über das parteiübergreifende Aktionsbündnis "Für die Würde unserer Städte" weiterer Druck auf Bundesregierung und Länder erzeugt werden. Vertreterinnen und Vertreter aus etwa 40 Städten, Gemeinden und Kreisen trafen sich hierzu am 21. November 2014 zu einem Kommunalkongress in Kaiserslautern. Gemeinsam erhoben sie die Forderung nach einer konsequenten Reform des kommunalen Finanzsystems.

Die Landeshauptstadt war durch Bürgermeister und Finanzdezernent Günter Beck vertreten. Beck: „Es ist wichtig, sich auch an solchen Bündnissen mit dem Ziel einer strukturellen Veränderung der Finanzbeziehungen zwischen Bund, Land und Stadt zu beteiligen, um die Konsolidierungsanstrengungen mittel- und langfristig erfolgreich weiterführen zu können“. Wie der Finanzdezernent berichtete, bekannten sich die Kommunalpolitiker und Finanzdezernenten in Kaiserslautern zu einer finanziell nachhaltigen Entwicklung, zum kommunalen Haushaltsausgleich und kommunalen Schuldenabbau. Um dies zu erreichen seien die Städte, Kommunen und Kreise zu weiteren politisch nur schwer durchsetzbaren Konsolidierungsmaßnahmen bereit. Aber sie fordern dazu von Bund und Ländern die Weichenstellung zur Neuordnung der Kommunal Finanzen noch in dieser Wahlperiode.

Das Aktionsbündnis verweist auf die Verantwortung von Bund und Ländern, die über viele Jahre lang immer neue Gesetze ohne ausreichende Gegenfinanzierung zu Lasten der Städte, Gemeinden und Kreise beschlossen haben, insbesondere mit der Folge hoher Soziallasten. Das sei der Hauptgrund für die katastrophale Finanznot vieler Städte, Gemeinden und Kreise. Sie könnten die ihnen per Gesetz übertragenen Aufgaben meist nur noch über Kassenkredite finanzieren, was die Altschulden bis ins Unermessliche hat wachsen lassen. Ohne zusätzliche Bundes- und Landeshilfen drohe trotz eisernen eigenen Sparens die Beschleunigung der fiskalischen Abwärtsspirale und damit die weitere Aushöhlung der kommunalen Selbstverwaltung.

Der Weg aus der kommunalen Finanzkrise werde nur in einem Dreiklang von Maßnahmen der Kommunen, der Länder und des Bundes gelingen können. Nur wenn alle relevanten Ebenen zeitlich abgestimmt ihren Beitrag leisteten, sei der kommunale Haushaltsausgleich in den strukturbelasteten Kommunen zu erreichen. Damit die in den betroffenen Kommunen fast überall realisierten oder eingeleiteten Sparmaßnahmen wirklich zur Wiedergewinnung von kommunalpolitischer Gestaltungsfähigkeit führen, bedarf es nach Einschätzung vieler Fachleute einer abgestimmten Bundes- und Länderinitiative zur Finanzierung der Sozial- und Infrastrukturausgaben.

Damit bekräftigt das auf Zeit geschlossene Aktionsbündnis ausdrücklich die Position des Deutschen Städtetages, in dessen Gremien die in Kaiserslautern versammelten Stadtchefs und Kämmerer aktiv mitarbeiten und mit dem sie die Verbreiterung ihres Aktionsbündnisses

abgesprochen haben. Eine entsprechende Resolution wurde heute in Kaiserslautern verabschiedet.

Text:

Landeshauptstadt Mainz



## **Aktionsbündnis „Raus aus den Schulden – Für die Würde unserer Städte“ – Beigeordneter Andreas Schwarz vertritt bei Kommunalkonferenz in Kaiserslautern am 21.11. die Stadt Frankenthal**

Die Rathauschefs, Finanzbeigeordneten und Kämmerer vieler hochverschuldeter Kommunen wollen auf einer Kommunalkonferenz am 21. November 2014 in Kaiserslautern die bundesweite Ausdehnung des seit fünf Jahren in Nordrhein-Westfalen agierenden parteiübergreifenden Aktionsbündnisses "Für die Würde unserer Städte" beschließen. Einen solchen Schritt hat es in der Geschichte der Bundesrepublik noch nicht gegeben. Durch gemeinsame Aktionen wollen die Bürgermeister und Kämmerer Bund und Länder zur baldigen Neuordnung eines künftig gerechteren kommunalen Finanzsystems bewegen. Gastgeber ist die Stadt Kaiserslautern mit ihrem Oberbürgermeister Klaus Weichel.

Etwa 40 Oberbürgermeister, Finanzdezernenten und Kämmerer haben ihre Teilnahme zur anstehenden Konferenz in der Westpfalzmetropole bekundet und werden die künftig bundesweiten Aktionen solidarisch und aktiv unterstützen. Im Rahmen der Veranstaltung sollen auch eine Resolution verabschiedet sowie konkrete PR-Maßnahmen der Bündnisteilnehmer für 2015 vereinbart werden. Für die Stadt Frankenthal nimmt der Beigeordnete Andreas Schwarz teil, der die Vorteile des Aktionsbündnisses auf der deutlichen Fokussierung der Problemlage sieht. „Durch eine partei- und länderübergreifende Zusammenarbeit, kann dieses Bündnis die Aktivitäten des Deutschen Städtetages unterstützen“, betont Schwarz.

Die beiden Sprecher des Aktionsbündnisses, Oberbürgermeisterin Dagmar Mühlenfeld aus Mülheim an der Ruhr und Oberbürgermeister Peter Jung aus Wuppertal stellen entsprechende Erwartungen an die Zusammenkunft der von der Schuldenlast betroffenen Kommunen. "Der weitaus größte Anteil an den Schulden der Kommunen ist die Folge Jahrzehnte lang erlassener und nicht ausreichend gegenfinanzierter Gesetze von Bund und Ländern. Um diesen immensen Schuldenberg abzubauen, benötigen die betroffenen Städte, Gemeinden und Kreise zusätzlich zum konsequenten eigenen Sparen mehr Hilfe zur Selbsthilfe. Gleiche Lebensbedingungen zwischen steuerstarken und steuerschwachen Kommunen gibt es längst nicht mehr. Das wird diese Kommunalkonferenz mit konkreten Beispielen aus vielen Orten belegen", unterstreichen die beiden Stadtoberhäupter aus Mülheim und Wuppertal.

22.11.2014 11:30

## **Seit fünf Jahren engagiert sich Hagens Stadtspitze im NRW-weiten Aktionsbündnis "Für die Würde unserer Städte".**



**- Quelle: Stadt Kaiserslautern**

Seit fünf Jahren engagiert sich Hagens Stadtspitze im NRW-weiten Aktionsbündnis "Für die Würde unserer Städte". Gestern haben sich die Teilnehmer in Gelsenkirchen getroffen, um den Schulterschluss bundesweit auszudehnen.

Die 40 Oberbürgermeister, Finanzdezernenten und Kämmerer der Kommunen, darunter auch Hagen, haben Bund und Länder um Hilfe gebeten. Das Kommunale Finanzsystem müsse neu geordnet und zukünftig gerechter werden. Immerhin sei der größte Teil der kommunalen Schulden auf die nicht ausreichend gegenfinanzierten Gesetze von Bund und Ländern zurückzuführen, so die Sprecher des Bündnisses. Die Kommunen sollten von Zins- und Tilgungsleistungen entlastet werden und mehr Geld bekommen.

# adn-Nachrichtenagentur

Köln, 23. November 2014 (ADN). "Es sind also Verfassungsforderungen von Selbstbestimmung, Pluralität und daraus folgende Probleme der dezentralen Lokalkompetenz Ursache für die finanziellen Engpässe der Städte und Dörfer." Das schreibt der Soziologe Dr. Dietmar Mews am Wochenende auf seinem Nachrichtenportal über das vor zwei Tagen in Kaiserslautern gegründete Aktionsbündnis "Für die Würde unserer Städte!". Darin haben sich rund 40 Städte und Landkreise zusammengetan, um sich gegenüber Bund und Ländern angesichts der immer unerträglicher werdenden finanziellen Belastungen zu wehren. Vor allem die Sozialleistungen seien zu regeln. In der als "Kaiserslauterer Appell" verabschiedeten Erklärung heißt es unter anderem: "Die vorgesehene Entlastung bei der Eingliederungshilfe für Menschen mit Behinderung in Höhe von fünf Milliarden Euro muss zügig bis 2017 umgesetzt werden und ungekürzt an die Kommunen weitergeleitet werden." Es gehe insgesamt um ein gerechteres Gemeindefinanzierungssystem.

Das bislang auf das Bundesland Nordrhein-Westfalen beschränkte Notbündnis der Kommunen dehnt sich mit dem "Kaiserslauterer Appell" auf das gesamte Bundesgebiet aus. Inzwischen gehören auch Städte in den neuen Bundesländern dazu, beispielsweise Schwerin in Mecklenburg-Vorpommern. Sprecher des parteiübergreifenden Bündnisses sind die Oberbürgermeister von Mülheim an der Ruhr und Wuppertal, Dagmar Mühlenfeld und Peter Jung. Geplant ist im Februar nächsten Jahres eine bundesweite Kommunalkonferenz in Berlin. Dort wollen die Städte und Gemeinden ihre Forderungen an Bundesregierung und Bundestagsfraktionen formulieren. ++ (km/mgn/23.11.14 - 326)



## **"Für die Würde unserer Städte" Klamme Kommunen gründen Bündnis - mehr Hilfen gefordert**

Freitag, 21.11.2014, 16:10



Dagmar Mühlenfeld, OB Mülheim an der Ruhr. dpa/Julian Stratenschulte

## **Mit einem deutschlandweiten Bündnis wollen besonders hoch verschuldete Städte Bund und Ländern mehr Geld abtrotzen.**

Vertreter von etwa 40 Kommunen beschlossen am Freitag in Kaiserslautern, das bislang nur in Nordrhein-Westfalen bestehende Aktionsbündnis „Für die Würde unserer Städte“ auszudehnen, um mit einer Stimme sprechen zu können.

Sie brachten zudem eine Resolution mit finanziellen Forderungen an Bund und Länder auf den Weg. Diesebürdeten den Kommunen immer neue Aufgaben auf, gäben aber nicht die Mittel dazu, kritisierte die Sprecherin des Bündnisses, die Oberbürgermeisterin von Mülheim an der Ruhr, Dagmar Mühlenfeld (SPD). „Deswegen sind wir jetzt auch national unterwegs.“

## **Rettungsschirm gefordert**

Wegen der ihnen übertragenen Pflichtaufgaben seien die Kommunen in eine gefährliche finanzielle Schieflage geraten, aus der sie ohne angemessene Finanzierung nicht herauskämen, heißt es in der Resolution. Um Abhilfe zu schaffen, wird ein Rettungsschirm zum Abbau der größten kommunalen Altschulden gefordert, die von Bund und Ländern verursacht wurden.

Diese sollen nach dem Motto „Wer bestellt, bezahlt“ auch für Kosten etwa bei der Sozial- und Jugendhilfe aufkommen. An die Regierungen in Bund und Ländern geht der Appell, noch in dieser Legislaturperiode die Weichen für eine Neuordnung der Kommunalfinanzen zu stellen.

## **Wuppertaler OB: "Wir werden kämpfen"**

Mit Blick auf geschlossene Schwimmbäder, Theater und andere kommunale Sparmaßnahmen sagte der Wuppertaler Oberbürgermeister Peter Jung (CDU), die Bundesrepublik habe sich auf die Fahnen geschrieben, dass es überall gleiche Lebensverhältnisse geben solle. „Die gibt es nicht für Bürgerinnen und Bürger in Städten, die sich nichts mehr leisten können. Wir werden auch mit Aktionen dafür kämpfen, dass das in Deutschland wiederhergestellt wird.“ Nach Mühlenfelds Angaben ist für den 23./24. Februar eine Aktion in Berlin geplant.

# **Kölner Stadt-Anzeiger**

## **Arme Kommunen Bürgermeister wollen in Berlin demonstrieren**

Erstellt 21.11.2014



Symbolbild. Foto: dpa

**Hoch verschuldete Städte wollen Bund und Ländern mehr Geld abtrotzen. Vertreter von etwa 40 Kommunen haben beschlossen, das bislang nur in NRW bestehende Aktionsbündnis „Für die Würde unserer Städte“ auszudehnen.**

Mülheim. Mit einem deutschlandweiten Bündnis wollen besonders hoch verschuldete Städte Bund und Ländern mehr Geld abtrotzen. Vertreter von etwa 40 Kommunen beschlossen am Freitag in Kaiserslautern, das bislang nur in Nordrhein-Westfalen bestehende Aktionsbündnis „Für die Würde unserer Städte“ auszudehnen, um mit einer Stimme sprechen zu können. Sie brachten eine Resolution mit finanziellen Forderungen an Bund und Länder auf den Weg. Diesebürdeten den Kommunen immer neue Aufgaben auf, gäben aber nicht die Mittel dazu, kritisierte die Sprecherin des Bündnisses, die Oberbürgermeisterin von Mülheim an der Ruhr, Dagmar Mühlenfeld (SPD). „Deswegen sind wir jetzt auch national unterwegs.“

Wegen der ihnen übertragenen Pflichtaufgaben seien die Kommunen in eine gefährliche finanzielle Schieflage geraten, aus der sie ohne angemessene Finanzierung nicht herauskämen, heißt es in der Resolution. Um Abhilfe zu schaffen, wird ein Rettungsschirm zum Abbau der größten kommunalen Altschulden gefordert, die von Bund und Ländern verursacht wurden. Diese sollen nach dem Motto „Wer bestellt, bezahlt“ auch für Kosten etwa bei der Sozial- und Jugendhilfe aufkommen. An die Regierungen in Bund und Ländern geht der Appell, noch in dieser Legislaturperiode die Weichen für eine Neuordnung der Kommunalfinanzen zu stellen.

Mit Blick auf geschlossene Bäder, Theater und andere Sparmaßnahmen sagte der Wuppertaler OB Peter Jung (CDU), die Bundesrepublik habe sich auf die Fahnen geschrieben, dass es überall gleiche Lebensverhältnisse geben solle. „Die gibt es nicht in Städten, die sich nichts leisten können. Wir werden dafür kämpfen, dass das wiederhergestellt wird.“ Im Februar sollen die Bürgermeister in Berlin demonstrieren. (dpa)



## ***Pressemeldungen aus Hagen***



© Stadt Kaiserslautern

### **Kommunen fordern Gerechtigkeit - Kaiserslauterer Appell einstimmig beschlossen**

21. November 2014 - Etwa 40 Rathauschefs, Finanzbeigeordnete und Kämmerer strukturbelasteter und/oder hochverschuldeter Kommunen, darunter Hagens Oberbürgermeister Erik O. Schulz und Kämmerer Christoph Gerbersmann, haben heute in Kaiserslautern die bundesweite Ausdehnung des bislang auf Nordrhein-Westfalen konzentrierten, parteiübergreifenden Aktionsbündnisses „Für die Würde unserer Städte“ beschlossen.

Um dieser Forderung Nachdruck zu verleihen, verabschiedeten sie einstimmig den „Kaiserslauterer Appell“. Mit ihm verlangen sie Plenardebatten in Bundestag und Bundesrat über die nicht mehr gegebene Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse in finanzstarken und finanzschwächeren Städten, Gemeinden und Kreisen. Im Kern geht es um ein gerechteres Gemeindefinanzsystem, zu dem noch in dieser Legislaturperiode eine Weichenstellung von Bund und Ländern eingefordert wird.

Als nächste politische Aktion verabredeten die Kommunalpolitiker eine weitere Kommunalkonferenz am 23. und 24. Februar 2015 in Berlin. Sie werden dort ihre Forderungen an die Bundesregierung und die Bundestagsfraktionen parteiübergreifend begründen. Dabei geht es konkret um Bundes- und Länderhilfen. Die Stadtchefs erwarten

Unterstützung, um den eigenen Bürgerinnen und Bürgern glaubhaft versprechen zu können, dass ein finanzwirtschaftlicher Absturz der eigenen Kommune abgewendet wird.

Als Sprecher des Aktionsbündnisses erklärten Oberbürgermeisterin Dagmar Mühlenfeld (SPD) aus Mülheim an der Ruhr und Oberbürgermeister Peter Jung (CDU) aus Wuppertal: "Wir fordern unser Recht. Der weitaus größte Anteil an den Schulden der Kommunen ist die Folge Jahrzehnte lang erlassener und nicht ausreichend gegenfinanzierter Gesetze von Bund und Ländern. Um diesen immensen Schuldenberg abzubauen, benötigen wir alle zusätzlich zum konsequenten eigenen Sparen mehr Hilfe zur Selbsthilfe. Gleiche Lebensbedingungen zwischen steuerstarken und steuerschwachen Kommunen gibt es längst nicht mehr."

Gastgeber der bundesweit einmaligen Kommunalkonferenz war auf Bitten seiner rheinland-pfälzischen Kolleginnen und Kollegen Oberbürgermeister Dr. Klaus Weichel. „Unser Treffen hat bundesweit Signalwirkung. Zusätzlich macht es unseren eigenen Bürgerinnen und Bürgern deutlich, dass viele Städte die gleichen Herausforderungen zu meistern haben“, unterstreicht das Stadtoberhaupt Kaiserslauterns.

### **Kommunalkonferenz entscheidet über Ausdehnung des Aktionsbündnisses "Für die Würde der Städte"**

14. November 2014 - Die Rathauschefs, Finanzbeigeordneten und Kämmerer vieler hochverschuldeter Kommunen, darunter auch Hagens Oberbürgermeister Erik O. Schulz und Stadtkämmerer Christoph Gerbersmann, wollen auf einer Kommunalkonferenz am 21. November in Kaiserslautern die bundesweite Ausdehnung des seit fünf Jahren in Nordrhein-Westfalen agierenden, parteiübergreifenden Aktionsbündnisses "Für die Würde unserer Städte", in dem sich auch Hagen engagiert, beschließen. Einen solchen Schritt hat es in der Geschichte der Bundesrepublik noch nicht gegeben. Durch gemeinsame Aktionen wollen die Bürgermeister und Kämmerer Bund und Länder zur baldigen Neuordnung eines künftig gerechteren kommunalen Finanzsystems bewegen. „Die Kommunale Familie rückt nun zusammen, sucht den gemeinsamen Schulterschluss, um bundesweit auf ihre strukturellen Defizite aufmerksam zu machen“, erklärt der Kaiserslauterer Oberbürgermeister und Gastgeber Klaus Weichel (SPD).

Die beiden Sprecher des Aktionsbündnisses, Oberbürgermeisterin Dagmar Mühlenfeld (SPD) aus Mülheim an der Ruhr und Oberbürgermeister Peter Jung (CDU) aus Wuppertal stellen entsprechende Erwartungen an die Zusammenkunft der von der Schuldenlast betroffenen Kommunen. "Der weitaus größte Anteil an den Schulden Kommunen ist die Folge Jahrzehnte lang erlassener und nicht ausreichend gegenfinanzierter Gesetze von Bund und Ländern. Um diesen immensen Schuldenberg abzubauen, benötigen die betroffenen Städte, Gemeinden und Kreise zusätzlich zum konsequenten eigenen Sparen mehr Hilfe zur Selbsthilfe. Gleiche Lebensbedingungen zwischen steuerstarken und steuerschwachen Kommunen gibt es längst nicht mehr. Das wird diese Kommunalkonferenz mit konkreten Beispielen aus vielen Orten belegen", unterstreichen die beiden Stadtoberhäupter aus Mülheim und Wuppertal.

Etwa 40 Oberbürgermeister, Finanzdezernenten und Kämmerer haben ihre Teilnahme zur anstehende Konferenz in der Westpfalzmetropole bekundet und werden die künftig bundesweiten Aktionen solidarisch und aktiv mit unterstützen, getreu dem Motto: „Weil einer allein nichts, viele gemeinsam jedoch vieles erreichen können“.

**KOMMUNAL.**  
WIR GESTALTEN DEUTSCHLAND



Marco2811/fotolia.com

---

## **Klamme Kommunen**

### **Bürgermeister machen Druck auf Bund und Länder**

**Die Bürgermeister vieler hochverschuldeter Kommunen wollen auf einer Kommunalkonferenz am 21. November 2014 in Kaiserslautern die bundesweite Ausdehnung des seit fünf Jahren in Nordrhein-Westfalen agierenden parteiübergreifenden Aktionsbündnisses "Für die Würde unserer Städte" beschließen.**

Gemeinsame Aktion für ein gerechteres kommunales Finanzsystem: Mehrere Bürgermeister und Kämmerer haben sich in einem Aktionsbündnis zusammengetan, um Bund und Länder zum Handeln zu bewegen. "Die Kommunale Familie rückt nun zusammen, sucht den gemeinsamen Schulterschluss, um bundesweit auf ihre strukturellen Defizite aufmerksam zu machen", sagt der Kaiserslauterer Oberbürgermeister Klaus Weichel.

#### **Hilfe zur Selbsthilfe**

Die beiden Sprecher des Aktionsbündnisses, Oberbürgermeisterin Dagmar Mühlenfeld aus Mülheim an der Ruhr und Oberbürgermeister Peter Jung aus Wuppertal stellen entsprechende Erwartungen an den Zusammenschluss der von der Schuldenlast betroffenen Kommunen. "Der weitaus größte Anteil an den Schulden der Kommunen ist die Folge Jahrzehnte lang erlassener und nicht ausreichend gegenfinanzierter Gesetze von Bund und Ländern. Um diesen immensen Schuldenberg abzubauen, benötigen die betroffenen Städte, Gemeinden und Kreise zusätzlich zum konsequenten eigenen Sparen mehr Hilfe zur Selbsthilfe. Gleiche Lebensbedingungen zwischen steuerstarken und steuerschwachen Kommunen gibt es längst nicht mehr. Das wird diese Kommunalkonferenz mit konkreten Beispielen aus vielen Orten belegen", unterstreichen die beiden Stadtoberhäupter.

Etwa 40 Oberbürgermeister, Finanzdezernenten und Kämmerer wollen bei dem Bündnis mitmachen. Künftig soll es bundesweite Aktionen geben – getreu dem Motto: „Weil einer allein nichts, viele gemeinsam jedoch vieles erreichen können“

Von Fabian Lambeck

22.11.2014

## Klamme Kommunen rücken zusammen

### 40 von Pleite bedrohte Städte gründen ein Aktionsbündnis, um Druck auf Bund und Länder zu machen

»Für die Würde unserer Städte« heißt das Bündnis, dem sich bundesweit 40 Kommunen angeschlossen haben. In einer Resolution fordern sie mehr Hilfen von Bund und Ländern.



Die Eingangstüren eines geschlossenen Hallenbades (2013) sind in Duisburg-Rheinhausen mit Spanplanken verschlossen. Viele Kommunen befinden sich in Finanznot und müssen öffentliche Einrichtungen schließen.

Foto: dpa/ Oliver Berg

Dieses Bündnis hat es in sich: Rathauschefs und Kämmerer aus 40 hoch verschuldeten Kommunen beschlossen auf einer Konferenz in Kaiserslautern die bundesweite Ausdehnung des Aktionsbündnisses »Für die Würde unserer Städte«, das vor fünf Jahren in Nordrhein-Westfalen gegründet wurde. Durch diesen symbolischen Zusammenschluss wollen die Kommunen ihre Verhandlungspartner - Bund und Länder - zu einer Neuordnung »eines künftig gerechteren Kommunalen Finanzsystems bewegen«, heißt es es in einer Erklärung. Im Klartext: Die Kommunen machen Druck, weil sie dringend Geld brauchen. Dazu verabschiedeten sie den »Kaiserslauterer Appell«. Diese Resolution drängt auf Debatten in Bundestag und Bundesrat über die »nicht mehr gegebene Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse in finanzstarken und finanzschwächeren Städten, Gemeinden und Kreisen«.

Zu den drei Kernforderungen gehören eine angemessene Finanzausstattung, Landeshilfen zum Haushaltsausgleich sowie eine Teilentlastung von Zins- und Tilgungsleistungen. Das Bündnis will zudem ein gerechteres Gemeindefinanzsystem, für das es in dieser Legislaturperiode »eine Weichenstellung von Bund und Ländern« geben müsse.

Als Sprecher des parteiübergreifenden Bündnisses erklärte Oberbürgermeisterin Dagmar Mühlenfeld (SPD) aus Mühlheim an der Ruhr: »Der weitaus größte Anteil an den Schulden der Kommunen ist die Folge jahrzehntelang erlassener und nicht ausreichend gegenfinanzierter Gesetze von Bund und Ländern. Um diesen immensen Schuldenberg abzubauen, benötigen wir alle zusätzlich zum konsequenten eigenen Sparen mehr Hilfe zur Selbsthilfe.«

Auch das von der Linkspartei regierte Schwerin ist Mitglied im Bündnis. Oberbürgermeisterin Angelika Gramkow (LINKE) warnte am Freitag: »Unsere Haushaltssituation verschärft sich trotz gesteigener Steuereinnahmen und laufender Kürzungsmaßnahmen. Weiter steigende Jugendhilfe- und Sozialausgaben überfordern die finanzielle Leistungsfähigkeit Schwerins seit langem.« Ein Haushaltsausgleich wäre selbst bei einem Verzicht auf sämtliche freiwilligen Leistungen - von den Musikschulen bis zum Nahverkehr - nicht möglich. Erst recht kein Schuldenabbau, so Gramkow.

Die Ludwigshafener Oberbürgermeisterin Eva Lohse (CDU) sagte, die Kommunen müssten jetzt ihre Stimme erheben, weil derzeit die Gespräche über die Finanzbeziehungen zwischen Bund und Ländern geführt würden. Dabei säßen die Kommunen nicht mit am Tisch.

Auf einer weiteren Kommunalkonferenz am 23. und 24. Februar 2015 in Berlin will das Bündnis seine Forderungen an die Bundesregierung und die Bundestagsfraktionen parteiübergreifend begründen.



21.11.2014 | 15:24 Uhr

Arme Revierstädte finden Verbündete außerhalb von NRW



Gruppenbild der Armen: "Überschuldung ist nicht nur ein Problem des Ruhrgebiets." Foto: Handout

**Kaiserslautern.** Mit einem deutschlandweiten Bündnis wollen hoch verschuldete Städte das in NRW bestehende Aktionsbündnis „Für die Würde unserer Städte“ ausdehnen, um mit einer Stimme sprechen zu können. Ganz oben auf der Wunschliste steht eine Schuldenentlastung.

Die armen Städte des Ruhrgebiets haben Verbündete in anderen Bundesländern gefunden. Gemeinsam schmiedeten sie am Freitag in Kaiserslautern ein Bündnis "Für die Würde unserer Städte". Bisher gab es diesen Zusammenschluss nur in NRW.

Rathauschefs und Kämmerer aus 40 Städten und Landkreisen aus NRW, Rheinland-Pfalz, Brandenburg, dem Saarland und Mecklenburg-Vorpommern appellieren gemeinsam an Bund und Landesregierungen. Die Botschaft der Bedürftigen: Hilfe, die Schulden wachsen uns über den Kopf!

„In Berlin herrscht der Eindruck vor, die Überschuldung sei ein Problem des Ruhrgebietes. Dieses Bild werden wir korrigieren“, sagte Dagmar Mühlenfeld (SPD), Oberbürgermeisterin von Mülheim, unserer Redaktion. Zusammen mit dem Wuppertaler OB Peter Jung (CDU) hatte Mühlenfeld vor fünf Jahren ein Bündnis hoch verschuldeter Kommunen und Landkreise gegründet. Das Motto: „Raus aus den Schulden“.

Die Kommunen ziehen mit einer Verfassungsklage nach Münster und Karlsruhe. Die steuerstarken Gemeinden halten es für ungerecht, dass sie arme Kommunen unterstützen sollen. Der Gang vors Verfassungsgericht sei eine "konsequente Notwehrhaltung", so der FDP-Experte Kai Abrusatz.

Dazu gehören Städte und Kreise aus Revier und Bergischem Land, darunter Hagen, Bochum, Dortmund, Duisburg, Essen, Gelsenkirchen und Unna. Die Familie der „Kirchenmäuse“ wird nun größer. Am Freitag stießen unter anderem Brandenburg, Schwerin, Kaiserslautern, Trier, Saarbrücken und Pirmasens dazu.

### **Kassenkredite knebeln Hagen**

Ganz oben auf der Wunschliste ist die Hilfe zum Altschulden-Abbau durch den Bund. „Die Städte, die bei dem Bündnis mitmachen, werden die Konsolidierung ihrer Haushalte nicht hinkriegen, wenn ihnen nicht ein Teil der Altschulden erlassen wird. Nehmen wir Mülheim. Wir kommen aus eigener Kraft nicht mehr aus den Schulden heraus“, so Mühlenfeld. Man trete nicht als Bittsteller auf. „Wir wollen das, was uns zusteht“, sagte Mühlenfeld. Die Verfassung sehe gleiche Lebensverhältnisse in Deutschland vor, daher könne man bestimmte Teile nicht einfach abhängen. Mühlenfeld: „Da pochen wir auf unsere Systemrelevanz.“

Bei dem Treffen ging es außerdem um die hohen Kosten bei der Sozial- und Jugendhilfe und um die maroden kommunalen Straßen. Wuppertals Oberbürgermeister Jung erklärte: „Wir fordern unser Recht. Der größte Anteil an den Schulden der Kommunen ist die Folge Jahrzehnte lang erlassener und nicht ausreichend gegenfinanzierter Gesetze von Bund und Ländern.“

Wie groß die Schuldenlast ist, beschrieb Hagens OB Erik O. Schulz (parteilos) mit diesem Beispiel: „Wir erhalten aus dem Stärkungspakt Stadtfinanzen NRW 36 Millionen Euro. Hagen hat aber Kassenkredite zum Erhalt der Zahlungsfähigkeit von 1,2 Milliarden Euro aufgenommen.

Allein die Zinsen dafür kosten 36 Millionen Euro im Jahr.“ Die Pro-Kopf-Verschuldung liegt in Hagen laut Statistischem Landesamt bei über 7000, in Oberhausen sogar bei über 8000 Euro. In Altena sind es rund 5000 Euro. Landesweit liegt der Schnitt bei 3200 Euro kommunalen Schulden pro Einwohner.

Lesen Sie auch:

NRW hat laut Studie bundesweit höchste Kommunalsteuern

NRW hat laut Studie bundesweit höchste Kommunalsteuern

In NRW-Kommunen sind die Grund- und Gewerbesteuer zuletzt offenbar besonders häufig angehoben worden. Einer Wirtschaftsstudie zufolge haben seit 2010 rund 93 Prozent der Städte und Gemeinden den Grundsteuer-Hebesatz erhöht. Teuerster Standort für Gewerbetreibende ist eine Stadt am Niederrhein.

### **LWL bittet die Kommunen zur Kasse**

In Kaiserslautern wurde der Ruf nach einem „gerechteren Gemeindefinanzsystem“ und einem „Haushaltssicherungsnetz“ laut. Ausdrücklich gefordert wird eine „Teilentlastung von wirtschaftlich nicht zu leistenden Zins- und Tilgungsleistungen“. Übersetzt: Die Städte fordern, dass der Bund einen Teil ihrer Schulden übernimmt, und sie wollen eine Art „Rettungsschirm“. Griechenland lässt grüßen.

Die nächsten Mehrausgaben sind schon absehbar: Gerade erst hat der Landschaftsverband Westfalen-Lippe (LWL) angekündigt, die Umlage für seine 27 Mitgliedskreise und -städte von 16,3 auf 16,8 Prozent anheben zu müssen. 2015 entstünden dem LWL Mehrkosten von 130 Millionen Euro, verursacht vor allem durch die Ausgaben für die Eingliederungshilfe für Behinderte.

Der LWL sagt bei der Eingliederungshilfe Kostensteigerungen von bis zu fünf Prozent im Jahr voraus – mindestens für zehn Jahre. Das neue Bündnis armer Städte forderte gestern, die vom Bund versprochene Entlastung bei der Eingliederungshilfe müsse spätestens ab 2017 und im vollen Umfang von fünf Milliarden Euro im Jahr fließen.

Große Angst haben die Bürgermeister und Kämmerer vor einer schwächelnden Konjunktur und vor höheren Zinsen. Der Finanzwissenschaftler Martin Junkernheinrich hatte jüngst bei der Vorstellung des Kommunalfinanzberichtes für den Regionalverband Ruhr (RVR) von einer „tickenden Zinsbelastungsbombe“ für die Städte gesprochen. „Wenn die Zinsen nur um zwei Prozent steigen sollten, dann fehlt uns die Phantasie, um diese Mehrkosten zu tragen“, so Junkernheinrich.

Matthias Korfmann



## Schwerin beteiligt sich an bundesweitem Aktionsbündnis



Der Kommunalhaushalt ist nicht nur in Schwerin in einer erheblichen Schieflage. Mit einem Aktionsbündnis möchte man nun mehr Druck auf Bund und Länder ausüben  
Foto: GG-Berlin / pixelio.de

**(sr). Die Schulden wachsen Schwerin langsam über den Kopf. Nun hat sich die Stadt mit anderen Kommunen zusammengeschlossen, bei denen die Lage ähnlich dunkel ist. Bund und Länder sollen mehr in die Pflicht genommen werden.**

Es ist ein Zusammenschluss von »Verlierern«, die sich am vergangenen Freitag in Kaiserslautern getroffen haben. Zusammen mit anderen Kommunen hat die Landeshauptstadt Schwerin an der bundesweiten Ausdehnung des bisher nur auf Nordrhein-Westfalen konzentrierten, parteiübergreifenden Aktionsbündnisses »Für die Würde unserer Städte« mitgewirkt. Herausgekommen ist am Freitag ein [»Kaiserslauterer Appell«](#) aus dem viel Wut, aber auch viel Verzweiflung und Angst spricht.

Die 40 angereisten Kommunalvertreter haben alle eines gemeinsam: Alle kommen aus hochverschuldeten Kommunen. Die Finanzen der Städte oder Landkreise sind ihnen längst aus dem Ruder gelaufen. Die Schuldigen sind an diesem Tag auch schnell ausgemacht – Bund und Länder. Diese würden mit ihrer Gesetzgebung und dem Herunterdelegieren von Pflichtaufgaben an die Kommunen, die Konsolidierung der Haushalte verunmöglichen. Vieler dieser gesetzlich beschlossenen Pflichtaufgaben sind aber nicht ausreichend gegenfinanziert und führen bei nicht wenigen Städten und Landkreisen zu einer finanziellen Schieflage. »Wir befürchten, dass wir die Schuldenspirale nicht zurückdrehen können, weil uns für immer mehr Aufgaben eine ausreichende Gegenfinanzierung fehlt«, befürchtet Schwerins Oberbürgermeisterin Angelika Gramkow (DIE LINKE).

## **Bund und Länder sollen »gerechtes Gemeindefinanzsystem« schaffen**

Immer wieder sehen sich die Kommunen in die Pflicht genommen, die aufgedrückten Soziallasten durch Kassenkredite bei Kreditinstituten zu finanzieren. Das führt zu einem hohen Schuldenstand und zu hohen Zinslasten. Jetzt wo eine Abschwächung der Konjunktur erwartet wird, droht eine Schuldendynamik, die geradewegs in den Abgrund führen kann. Keine wirklich guten Aussichten für die betroffenen Kommunen. »Unsere Haushaltssituation verschärft sich trotz gestiegener Steuereinnahmen und laufender Kürzungsmaßnahmen. Weiter steigende Jugendhilfe- und Sozialausgaben überfordern die finanzielle Leistungsfähigkeit Schwerins seit langem.«, resümiert Gramkow.

Ein Haushaltsausgleich wäre selbst bei einem Verzicht auf sämtliche freiwilligen Leistungen – von den Musikschulen bis zum Nahverkehr – nicht möglich, ganz zu schweigen vom Schuldenabbau. »Ohne eine faire und aufgabenangemessene Gemeindefinanzierung können wir die Schuldenspirale aus eigener Kraft nicht stoppen. Konsolidierungshilfen allein wie in Mecklenburg-Vorpommern lösen das Problem nicht. Wir sind es unseren Bürgerinnen und Bürgern schuldig, um Gerechtigkeit für unsere Stadt zu kämpfen.«

Die Kommunen, die sich nun in Kaiserslautern getroffen haben, hoffen auf eine grundlegende Reform des kommunalen Finanzsystems. Das parteiübergreifende Bündnis »Für die Würde unserer Städte«, dem jetzt auch die beiden Partnerstädte Schwerin und Wuppertal angehören, wurde zunächst von Gemeinden aus der Ruhrmetropole und dem Bergischen Land gegründet und hat mit dem »Kaiserslauterer Appell« an Bund und Länder zur Schaffung eines gerechten Gemeindefinanzsystems einen bundesweiten Aktionsradius erreicht.

Ohne zusätzliche Bundes- und Landeshilfen drohe trotz eisernen eigenen Sparens die Beschleunigung der fiskalischen Abwärtsspirale und damit die weitere Aushöhlung der kommunalen Selbstverwaltung. Der Weg aus der kommunalen Finanzkrise werde nur in einem Dreiklang von Maßnahmen der Kommunen, der Länder und des Bundes gelingen können. Darüber waren sich alle angereisten Vertreter einig. Die nächste gemeinsame Aktion ist für Februar in Berlin geplant.



Das Aktionsbündnis wirbt für ein gerechtes Gemeindefinanzsystem.

Foto: © Stadt Kaiserslautern



## Verschuldete Kommunen gründen Bündnis für mehr Hilfen

21.11.14 15:54



Um mehr finanzielle Unterstützung durch Bund und Länder zu erhalten, schließen sich verschuldete Kommunen zu einem Bündnis zusammen.

### **Aktionsbündnis 'Für die Würde unserer Städte' ausgeweitet**

**Mit einem deutschlandweiten Bündnis wollen besonders hoch verschuldete Städte mehr Geld durch Bund und Länder erhalten. Vertreter von etwa 40 Kommunen haben beschlossen, das bislang nur in Nordrhein-Westfalen bestehende Aktionsbündnis 'Für die Würde unserer Städte' auszudehnen, um mit einer Stimme sprechen zu können.**

Sie brachten zudem eine Resolution mit finanziellen Forderungen an Bund und Länder auf den Weg. Diese bürdeten den Kommunen immer neue Aufgaben auf, gäben aber nicht die Mittel dazu, kritisierte die Sprecherin des Bündnisses, die Oberbürgermeisterin von Mülheim an der Ruhr, Dagmar Mühlenfeld (SPD). "Deswegen sind wir jetzt auch national unterwegs."

Wegen der ihnen übertragenen Pflichtaufgaben seien die Kommunen in eine gefährliche finanzielle Schieflage geraten, aus der sie ohne angemessene Finanzierung nicht herauskämen, heißt es in der Resolution. Um Abhilfe zu schaffen, wird ein Rettungsschirm zum Abbau der größten kommunalen Altschulden gefordert, die von Bund und Ländern verursacht wurden. Diese sollen nach dem Motto "Wer bestellt, bezahlt" auch für Kosten etwa bei der Sozial- und Jugendhilfe aufkommen. An die Regierungen in Bund und Ländern geht der Appell, noch in dieser Legislaturperiode die Weichen für eine Neuordnung der Kommunalfinanzen zu stellen.

Lies mehr über [Verschuldete Kommunen gründen Bündnis für mehr Hilfen - RTL.de](http://www.rtl.de) bei [www.rtl.de](http://www.rtl.de)

## mvzeitnah.wordpress

### Schwerin tritt Bündnis „Für die Würde unserer Städte“ bei

#### Städte fordern gerechtes Gemeindefinanzsystem



**21.11.2014** – Im Kampf gegen die kommunale Finanznot sucht die hoch verschuldete Landeshauptstadt den Schulterchluss mit anderen Kommunen, die ähnliche Probleme mit ihren Finanzen haben. Am 21. November hat dazu in Kaiserslautern das Aktionsbündnis „Für die Würde unserer Städte“ einen gemeinsamen Appell an Bund und Länder zur Schaffung eines gerechten Gemeindefinanzsystems verabschiedet. „Wir bekennen uns zum Haushaltsausgleich und Schuldenabbau und haben dazu bereits zahlreiche, schmerzhaft und politisch schwierige Maßnahmen eingeleitet. Wir befürchten aber, dass wir die Schuldenspirale nicht zurückdrehen können, weil uns für immer mehr Aufgaben eine ausreichende Gegenfinanzierung fehlt“, sagt Oberbürgermeisterin Angelika Gramkow.

„Unsere Haushaltssituation verschärft sich trotz gesteigerter Steuereinnahmen und laufender Kürzungsmaßnahmen. Weiter steigende Jugendhilfe- und Sozialausgaben überfordern die finanzielle Leistungsfähigkeit Schwerins seit langem.“ Ein Haushaltsausgleich wäre selbst bei einem Verzicht auf sämtliche freiwilligen Leistungen – von den Musikschulen bis zum Nahverkehr – nicht möglich, ganz zu schweigen vom Schuldenabbau. „Ohne eine faire und aufgabenangemessene Gemeindefinanzierung können wir die Schuldenspirale aus eigener Kraft nicht stoppen. Konsolidierungshilfen allein wie in Mecklenburg-Vorpommern lösen das Problem nicht. Wir sind es unseren Bürgerinnen und Bürgern schuldig, um Gerechtigkeit für unsere Stadt zu kämpfen.“ Die Kommunen fordern seit Jahrzehnten eine grundlegende Reform des kommunalen Finanzsystems. Das parteiübergreifende Bündnis „Für die Würde unserer Städte“, dem jetzt auch die beiden Partnerstädte Schwerin und Wuppertal angehören, wurde zunächst von Gemeinden aus der Ruhrmetropole und dem Bergischen Land gegründet und hat mit dem „Kaiserslauterer Appell an Bund und Länder zur Schaffung eines gerechten Gemeindefinanzsystems“ einen bundesweiten Aktionsradius erreicht. Auch Schwerins Partnerstadt Wuppertal wirkt hier mit: Die nächste gemeinsame Aktion ist für Februar in Berlin geplant. Weitere Kommunen sind herzlich eingeladen den Appell und das Aktionsbündnis zu unterstützen.

The logo for finanzen.net, featuring the word "finanzen" in white lowercase letters on a dark blue rectangular background, followed by ".net" in white lowercase letters on a lighter blue background.

## **Klamme Kommunen gründen Bündnis - mehr Hilfen gefordert**

KAISERSLAUTERN (dpa-AFX) - Mit einem deutschlandweiten Bündnis wollen besonders hoch verschuldete Städte Bund und Ländern mehr Geld abtrotzen. Vertreter von etwa 40 Kommunen beschlossen am Freitag in Kaiserslautern, das bislang nur in Nordrhein-Westfalen bestehende Aktionsbündnis "Für die Würde unserer Städte" auszudehnen, um mit einer Stimme sprechen zu können.

Sie brachten zudem eine Resolution mit finanziellen Forderungen an Bund und Länder auf den Weg. Diesebürdeten den Kommunen immer neue Aufgaben auf, gäben aber nicht die Mittel dazu, kritisierte die Sprecherin des Bündnisses, die Oberbürgermeisterin von Mülheim an der Ruhr, Dagmar Mühlenfeld (SPD). "Deswegen sind wir jetzt auch national unterwegs."

Wegen der ihnen übertragenen Pflichtaufgaben seien die Kommunen in eine gefährliche finanzielle Schieflage geraten, aus der sie ohne angemessene Finanzierung nicht herauskämen, heißt es in der Resolution. Um Abhilfe zu schaffen, wird ein Rettungsschirm zum Abbau der größten kommunalen Altschulden gefordert, die von Bund und Ländern verursacht wurden.

Diese sollen nach dem Motto "Wer bestellt, bezahlt" auch für Kosten etwa bei der Sozial- und Jugendhilfe aufkommen. An die Regierungen in Bund und Ländern geht der Appell, noch in dieser Legislaturperiode die Weichen für eine Neuordnung der Kommunalfinanzen zu stellen.

Mit Blick auf geschlossene Schwimmbäder, Theater und andere kommunale Sparmaßnahmen sagte der Wuppertaler Oberbürgermeister Peter Jung (CDU), die Bundesrepublik habe sich auf die Fahnen geschrieben, dass es überall gleiche Lebensverhältnisse geben solle. "Die gibt es nicht für Bürgerinnen und Bürger in Städten, die sich nichts mehr leisten können. Wir werden auch mit Aktionen dafür kämpfen, dass das in Deutschland wiederhergestellt wird." Nach Mühlenfelds Angaben ist für den 23./24. Februar eine Aktion in Berlin geplant./jes/DP/jha



## **Klamme Kommunen fordern mehr Hilfe**

KAISERSLAUTERN/MÜLHEIM - Mit einem deutschlandweiten Bündnis wollen besonders hoch verschuldete Städte Bund und Ländern mehr Geld abtrotzen. Das NRW-Bündnis "Für die Würde unserer Städte" soll ausgedehnt werden.

Vertreter von etwa 40 Kommunen beschlossen am Freitag in Kaiserslautern, dass das bislang nur in Nordrhein-Westfalen bestehende Aktionsbündnis "Für die Würde unserer Städte" ausgedehnt wird, um mit einer Stimme sprechen zu können.

Sie brachten zudem eine Resolution mit finanziellen Forderungen an Bund und Länder auf den Weg. Diese bürdeten den Kommunen immer wieder Aufgaben auf, gäben aber nicht die Mittel dazu, kritisierte die Sprecherin des Bündnisses, die Oberbürgermeisterin von Mülheim an der Ruhr, Dagmar Mühlenfeld (SPD). "Deswegen sind wir jetzt auch national unterwegs."  
- Inw



## **NRW-Bündnis verschuldeter Städte deutschlandweit ausgedehnt**

Mit einem deutschlandweiten Bündnis wollen besonders hoch verschuldete Städte Bund und Ländern mehr Geld abtrotzen. Vertreter von etwa 40 Kommunen beschlossen am Freitag (21.11.2014) in Kaiserslautern, das bislang nur in NRW bestehende Aktionsbündnis "Für die Würde unserer Städte" auszudehnen.

Sie brachten eine Resolution mit finanziellen Forderungen an Bund und Länder auf den Weg. Diese bürdeten den Kommunen Aufgaben auf, gäben aber nicht die Mittel dazu, so Dagmar Mühlenfeld, Oberbürgermeisterin von Mülheim/Ruhr.

Stand: 21.11.2014, 14.38 Uhr

21.11.14

## **Klamme Kommunen gründen Bündnis**

### **Mehr Hilfen gefordert**



Foto: dpa

Kaiserslautern/Mülheim (dpa/Inw) - Mit einem deutschlandweiten Bündnis wollen besonders hoch verschuldete Städte Bund und Ländern mehr Geld abtrotzen. Vertreter von etwa 40 Kommunen beschlossen am Freitag in Kaiserslautern, dass das bislang nur in Nordrhein-Westfalen bestehende Aktionsbündnis «Für die Würde unserer Städte» ausgedehnt wird, um mit einer Stimme sprechen zu können. Sie brachten zudem eine Resolution mit finanziellen Forderungen an Bund und Länder auf den Weg. Diese bürdeten den Kommunen immer wieder Aufgaben auf, gäben aber nicht die Mittel dazu, kritisierte die Sprecherin des Bündnisses, die Oberbürgermeisterin von Mülheim an der Ruhr, Dagmar Mühlenfeld (SPD). «Deswegen sind wir jetzt auch national unterwegs.

## „Für die Würde unserer Städte“: 40 Klammern

### Kommunen gründen Bündnis

Geldnot ist für viele Kommunen schon lange ein Thema. Nun wollen die am stärksten verschuldeten Städte in die Offensive gehen. Sie haben ein Bündnis gegründet – und erhöhen den Druck auf Bund und Länder....

Veröffentlicht von: [Handelsblatt Online Schlagzeilen](#)



## Klammern Kommunen gründen Bündnis - mehr Hilfen gefordert

21.11.2014 - 16:10 | Quelle: dpa-AFX

KAISERSLAUTERN (dpa-AFX) - Mit einem deutschlandweiten Bündnis wollen besonders hoch verschuldete Städte Bund und Ländern mehr Geld abtrotzen. Vertreter von etwa 40 Kommunen beschlossen am Freitag in Kaiserslautern, das bislang nur in Nordrhein-Westfalen bestehende Aktionsbündnis "Für die Würde unserer Städte" auszudehnen, um mit einer Stimme sprechen zu können.

Sie brachten zudem eine Resolution mit finanziellen Forderungen an Bund und Länder auf den Weg. Diesebürdeten den Kommunen immer neue Aufgaben auf, gäben aber nicht die Mittel dazu, kritisierte die Sprecherin des Bündnisses, die Oberbürgermeisterin von Mülheim an der Ruhr, Dagmar Mühlenfeld (SPD). "Deswegen sind wir jetzt auch national unterwegs." Wegen der ihnen übertragenen Pflichtaufgaben seien die Kommunen in eine gefährliche finanzielle Schieflage geraten, aus der sie ohne angemessene Finanzierung nicht herauskämen, heißt es in der Resolution. Um Abhilfe zu schaffen, wird ein Rettungsschirm zum Abbau der größten kommunalen Altschulden gefordert, die von Bund und Ländern verursacht wurden.

Diese sollen nach dem Motto "Wer bestellt, bezahlt" auch für Kosten etwa bei der Sozial- und Jugendhilfe aufkommen. An die Regierungen in Bund und Ländern geht der Appell, noch in dieser Legislaturperiode die Weichen für eine Neuordnung der Kommunalfinanzen zu stellen.

Mit Blick auf geschlossene Schwimmbäder, Theater und andere kommunale Sparmaßnahmen sagte der Wuppertaler Oberbürgermeister Peter Jung (CDU), die Bundesrepublik habe sich auf die Fahnen geschrieben, dass es überall gleiche

Lebensverhältnisse geben solle. "Die gibt es nicht für Bürgerinnen und Bürger in [Städten](#), die sich nichts mehr leisten können. Wir werden auch mit Aktionen dafür kämpfen, dass das in Deutschland wiederhergestellt wird." Nach Mühlenfelds Angaben ist für den 23./24. Februar eine Aktion in Berlin geplant./jes/DP/jha

Quelle: dpa-AFX



**Verschuldete Städte fordern mehr Hilfen von Bund und Ländern**

## **Bündnis klammer Kommunen**

WESER-KURIER und Kathrin Aldenhoff 22.11.2014

Mit einem deutschlandweiten Bündnis wollen besonders hoch verschuldete Städte Bund und Ländern mehr Geld abtrotzen. Vertreter von etwa 40 Kommunen beschlossen gestern in Kaiserslautern, das bislang nur in Nordrhein-Westfalen bestehende Aktionsbündnis „Für die Würde unserer Städte“ auszudehnen, um mit einer Stimme sprechen zu können. Aus Bremen, Niedersachsen und Hamburg waren keine Vertreter bei dem Treffen. Eine Sprecherin der Stadt Kaiserslautern sagte, man hoffe, dass sich in Zukunft noch weitere Kommunen dem Aktionsbündnis anschließen.

Das Bündnis brachte eine Resolution mit finanziellen Forderungen an Bund und Länder auf den Weg. Diesebürdeten den Kommunen immer neue Aufgaben auf, gäben aber nicht die Mittel dazu, kritisierte die Sprecherin des Bündnisses, die Oberbürgermeisterin von Mülheim an der Ruhr, Dagmar Mühlenfeld (SPD). An die Regierungen in Bund und Ländern geht der Appell, noch in dieser Legislaturperiode die Weichen für eine Neuordnung der Kommunalfinanzen zu stellen.

Wegen der ihnen übertragenen Pflichtaufgaben seien die Kommunen in eine gefährliche finanzielle Schieflage geraten, aus der sie ohne angemessene Finanzierung nicht herauskämen, heißt es in der Resolution. Um Abhilfe zu schaffen, wird ein Rettungsschirm zum Abbau der größten kommunalen Altschulden gefordert, die von Bund und Ländern verursacht wurden.

21. November 2014 14:48

## **Klamme Kommunen gründen Bündnis: Mehr Hilfen gefordert**

Kaiserslautern (dpa/lrs) - Mit einem deutschlandweiten Bündnis wollen besonders hoch verschuldete Städte Bund und Ländern mehr Geld abtrotzen. Vertreter von etwa 40 Kommunen beschlossen am Freitag in Kaiserslautern, dass das bislang nur in Nordrhein-Westfalen bestehende Aktionsbündnis «Für die Würde unserer Städte» ausgedehnt wird, um mit einer Stimme sprechen zu können. Sie brachten zudem eine Resolution mit finanziellen Forderungen an Bund und Länder auf den Weg. Diese bürdeten den Kommunen immer wieder Aufgaben auf, gäben aber nicht die Mittel dazu, kritisierte die Sprecherin des Bündnisses, die Oberbürgermeisterin von Mülheim an der Ruhr, Dagmar Mühlenfeld (SPD). «Deswegen sind wir jetzt auch national unterwegs.»



Sprecherin des Bündnisses, Dagmar Mühlenfeld. © dpa - Deutsche Presse-Agentur GmbH

Bochum

Kämmerer: Haushalt zielgerichtet entlasten

24.11.2014 | 00:12 Uhr

Nach dem Treffen von 40 Oberbürgermeistern, Finanzbeigeordneten und Kämmerern in Kaiserslautern Ende letzter Woche, wurde das bislang nur in Nordrhein-Westfalen wirkende Aktionsbündnis „Für die Würde unserer Städte“ auf ganz Deutschland ausgedehnt.

Für Bochum nahm Kämmerer Manfred Busch (Grüne) an dem Treffen teil. Die beteiligten Städte, die entweder unter einer großen Schuldenlast stöhnen oder in strukturbelasteten Regionen angesiedelt ist, verlangen ein „gerechteres Gemeindefinanzsystem“. In einem sogenannten „Kaiserslauterner Appell“ verlangen sie, dass das Thema im Bundestag und Bundesrat debattiert wird. Manfred Busch äußerte gegenüber der WAZ ganz konkret die Befürchtung, dass eine eigentlich für die Gemeinden vorgesehene fünf Milliarden Euro schwere Entlastung sogar völlig unter den Tisch fallen könnte.

„Bei uns explodieren geradezu die Kosten, die wir für die Flüchtlinge aufbringen müssen. Es muss endlich eine zielgerichtete Entlastung kommen“, so der Kämmerer. In Bochum fehlten derzeit konkret rund 100 Millionen pro Jahr an Zuschüssen. Insgesamt machen Zuwendungen von Bund und Land im rund 1,2 Milliarden schweren Bochumer Haushalt rund die Hälfte aus. Dabei seien allein die Aufwendungen für soziale Belange mittlerweile auf rund 300 Millionen Euro pro Jahr angestiegen.

Das angesichts einer zum Teil dramatisch ansteigenden Schuldenlast in bestimmten Städten gegründete Bündnis versteht sich ausdrücklich als eine überparteiliche Einrichtung.

Busch fordert als ein Ergebnis des Treffens: „Wir brauchen ganz konkret eine zielgerichtete Entlastung unseres Haushalts.“

Michael Weeke